Langfristig Belastung reduzieren (TLZ EF)

Erfurt. (tlz/lys) Gebühren, Abgaben und Energiekosten - im Portmonee der Bürger bleibt immer weniger Geld. In Erfurt soll ein Zehn-Punkte-Plan zur Begrenzung der Kommunalabgaben zumindest überprüfen, an welcher Stelle Entlastung möglich wäre.

Die Fraktionen von CDU und SPD sowie der Oberbürgermeister haben das Papier erarbeitet. Am 17. Dezember soll es zur Abstimmung in den Stadtrat gelangen, nachdem sich zuvor die zuständigen Ausschüsse damit befasst haben. An einen Tisch setzten sich die Beteiligten, nachdem eine Vorlage der CDU forderte, die Müllgebühren zu überprüfen und die SPD diese Kontrolle auch auf andere Kommunalabgaben ausweiten wollte. Gleichzeitig lief in der Verwaltung intern seit geraumer Zeit eine Untersuchung auf Veranlassung von OB Andreas Bausewein, deren Ergebnisse im nun vorliegenden Zehn-Punkte-Plan ebenfalls enthalten sind.

Ein Gemeinschaftswerk also, welches alle Kommunalabgaben, Gebühren oder Preise auf den Prüfstand stellt. Beauftragter soll Beigeordneter Uwe Spangenberg werden, der damit die Aufgabe erhielte, dem Stadtrat regelmäßig Ergebnisse zu berichten. Externe Sachverständige müssen hinzugezogen werden. Zunächst steht die Zustimmung des Stadtrates noch aus.

Unabhängig davon ist das erste große Paket bereits angepackt: Müllgebühren. "Die Kosten für die Müllverbrennung bei der Stadtwerketochter TUS werden die erste Nagelprobe", ist Spangenberg überzeugt, der weiß, dass die Folgen des Zehn-Punkte-Plans an mancher Stelle auf Widerstand stoßen werden. Mit Beschluss des Finanzausschusses hat die Stadt einen Wirtschaftsprüfer zur Thüringer Umweltservice GmbH (TUS) entsandt. Wie generell bei allen Überprüfungen sollen keine Fehler aus der Vergangenheit rückgängig gemacht, sondern der Ist-Zustand ausgelotet, Stellschrauben gefunden und bei Investitionen künftig wirklich alle Folgekosten berücksichtigt werden. Versäumt wurde dies beispielsweise bei der Entscheidung, den Theatervorplatz mit kleinteiligen Pflaster zu versehen, was die Reinigung verteuert.

Transparenz, Klarheit und Gebührenehrlichkeit gelten als oberste Prämisse, fasste Spangenberg das Anliegen aller Einreicher des Papiers zusammen. Er freut sich auf die Aufgabe, vor allem darauf, dass sie angepackt wird. In Sachen Müllgebühren ist die Müllverbrennung zwar eine geschaffene Tatsache und refinanziert werden muss sie auch, aber die Frage nach konsequenter Auslastung und Notwendigkeit der kostenintensiveren mechanisch-biologischen Vorbehandlung soll erneut gestellt werden. Beispiele gibt es viele, auch in anderen Bereichen. Inwieweit dies alles tatsächlich zu finanziellen Entlastungen des Bürgers führt, bleibt abzuwarten. "Das Papier ist kein Versprechen auf Gebührensenkung", betont Bausewein. Zudem sei es auf dauerhafte Wirkung ausgelegt und nicht bloß auf kurzfristige Senkungen. "Oberstes Ziel muss eine schrittweise Senkung sein", meint auch Thomas Huck (CDU). Das sei auch wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt bei Wirtschaftsansiedlungen. Dennoch müssten die Auswirkungen genau bedacht werden. "Es darf aber keine Tabus und heiligen Kühe geben", mahnt Thomas Pfistner (CDU) an Lange und breit greifende Diskussionen sind nicht nur nach Ansicht von Birgit Pelke (SPD) notwendig: "Wir müssen fragen, welchen Service und welche Leistungen der Bürger für wichtig erachtet." Wer wolle, dass sein alter Kühlschrank weiter entsorgt werde und Grünabfall abgeholt werde, müsse sich bewusst machen, dass dies Kosten verursache.

12.11.2008